



Kein Bundeswehreinsatz in Syrien!

Wieder ziehen sie in den Krieg

Die Anschläge einer vom Westen hochgezüchteten Terrorgruppe werden nun auch vom deutschen Imperialismus genutzt, um militärisch in Syrien zu intervenieren.

Vergessen wir nicht, diese Terrorgruppe konnte wachsen, weil die Imperialisten die territoriale Integrität Syriens und des Iraks unter völligem Bruch des Völkerrechts zerstörten.

Vergessen wir nicht, diese Terrorgruppe kann Anschläge ausüben, weil deutsche Konzerne zu den Weltmeistern des Rüstungsexports gehören.

Vergessen wir nicht, diese Terrorgruppe verfügt über Finanzmittel, weil enge Freunde des deutschen Imperialismus, wie die Türkei, Katar und Saudi-Arabien sie finanzieren.

Der Zweck des geplanten Militäreinsatzes, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat, ist deshalb eben nicht der Kampf gegen den sogenannten IS, das ist der Vorwand.

Der Zweck ist es auch, das deutsche Volk daran zu gewöhnen, dass die territoriale Integrität von Staaten und das Völkerrecht nichts wert sind, wenn Imperialisten in den Krieg ziehen. Dafür steht die

zu befürchtende breite Mehrheit im Bundestag. Damit sind diese Entscheidungen durchaus vergleichbar mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914. Auch die Gefahr ist ähnlich groß. Wir brauchen eine Antikriegsbewegung, die den Herrschenden in den Arm fällt.

Wir fordern:

Kein Bundeswehreinsatz in Syrien!

Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Stoppt Rüstungsexporte!

Reinhard Püschel, DKP-Stadtrat

Auszug aus seiner Rede im Gemeinderat am 17.11.2015

„60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht.“

Die Ursachen hierfür sind: **Armut, Verfolgung, Naturkatastrophen und Kriege.**

Also müssen die Ursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtlinge. Auch die deutsche Regierungspolitik ist verantwortlich für die Ursachen. Deutschland ist weltweit drittgrößter Waffenlieferant.

Deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Waffenexporte sofort aufhören. Mit den eingesparten Geldern könnten wir helfen, die bedrohten Länder aufzubauen und den Menschen ein friedliches Leben zu ermöglichen.

Statt Krieg brauchen wir Diplomatie.



Weitere Entrechtung von Hartz IV Beziehern

Das Kabinett plant massive Verschärfungen im Sozialgesetzbuch

Unter der Vokabel „vereinfachen“ kommt der nächste Angriff auf die sozialen Rechte der Lohnabhängigen daher. Das Sozialgesetzbuch soll an vielen kleinen Stellen verändert werden, insgesamt kommt dabei ein ziemlich drastischer Sozialabbau heraus.

Alleinerziehende werden bestraft

Eine zentrale Änderung zielt auf die am meisten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe: die Alleinerziehenden. Bisher wurde für die Tage,

führt, dass Arbeitsuchende in billigen Wohnraum gedrängt werden, dort werden sie nun aber an den Heizkostenwerten guter Wohnungen bemessen. Gute Isolierung und moderne Heizanlagen sind kaum in den günstigen Wohnsiedlungen zu finden. Sollte diese Verschärfung beschlossen werden, wird die Zahl der Obdachlosen steigen ebenso wie die Zahl der Menschen, die in schlechten Wohnungen leben müssen.

Kürzungen werden ausgeweitet

Der DGB kritisiert zu Recht, dass keine Änderungen der Sanktionen vorgenommen wird, insbesondere bei den drakonischen Strafen bei unter 25-jährigen. Im Gegenteil wird die Möglichkeit der Kürzung der Leistungen, die eigentlich das Existenzminimum darstellen sollen, massiv ausgeweitet. Falls diese Verschärfung durchgeht, wird eine grosse Zahl von SGB II-Beziehern bald über einen langen Zeitraum „Kosten erstatten“ müssen, was nichts anderes als eine lang anhaltende Kürzung der Leistungen bedeutet.

Demütigung und Druck werden erhöht

In Zukunft sollen viele Bescheide des Jobcenters nur noch „vorläufig“ erstellt werden. Dann kann die Behörde den Freibetrag auf Erwerbseinkommen nicht anerkennen. Das bedeutet bis zu 230 Euro weniger für „Aufstocker“. Ausserdem soll das Einkommen nur noch durchschnittlich angenommen werden, nicht mehr in tatsächlicher Höhe. Das führt zu einer dauerhaften Unterdeckung des Bedarfs. Die Betroffenen müssen dem Jobcenter hinterher sein, um die Rückstände zu bekommen. Diese Entrechtung betrifft nicht nur Arbeitsuchende und Aufstocker, sondern die gesamte Arbeiterklasse, da der Druck jede Arbeit zu jedem Lohn und zu jeder Bedingung anzunehmen, erneut erhöht wird und damit eine Bedrohung auch für diejenigen ist, die gerade Arbeit haben. Notwendig ist die Organisierung derjenigen die schon betroffen sind und derer, die es sein können – zur gegenseitigen Hilfe, zur Aufklärung über die eigenen Rechte und zum gemeinsamen und solidarischen Widerstand als eine Klasse.

DKP: Solidarität mit Hartz IV - Beziehern.



wo das Kind beim anderen Elternteil war, diesem der Regelsatz des Kindes pro Tag des Aufenthalts zugesprochen. Das soll nun komplett aufgehoben werden. Ausnahmen soll es nur für die Kinder geben, die im „Wechselmodell“ leben, also zur Hälfte bei dem einen und zur anderen Hälfte bei dem anderen Elternteil. Das wird dazu führen, dass viele Eltern ihr Umgangsrecht mit ihrem Kind nicht mehr wahrnehmen können, weil sie die Ernährung und Kosten für die Freizeitgestaltung nicht mehr tragen können. Besonders hart ist die Neuregelung für die Sommerferienzeit, da es für Eltern, die ALG II beziehen, nicht möglich sein wird, die Kosten für Ernährung und Freizeit für drei Wochen zu übernehmen.

Heizkosten werden eingeschränkt

Ein weiterer drastischer Angriff sind die Kosten der Unterkunft. Die Heizkosten sollen pauschaliert werden, also nicht mehr in tatsächlicher Höhe, sondern nur noch bis zu einer angemessenen Höchstgrenze übernommen werden. Die Prognose der Heizkosten ist aber nicht möglich, die Härte des Winters ist kaum vorhersehbar, ebenso wenig wie die Entwicklung der Energiepreise. Die Höchstgrenze bei den Kaltmieten ist bereits ein großes Problem, das dazu

DKP stellt Antrag auf Armutsbericht

Die Armut macht keinen Bogen um Heidenheim. Besonders die von Armut betroffenen Menschen brauchen unsere Hilfe. Die neuesten statistischen Zahlen belegen, dass im Jahr 2014 rund 16,5 Millionen Menschen an der Armutsgrenze leben. Ein Antrag der DKP an den Gemeinderat, einen Armutsbericht für Heidenheim zu erstellen, wurde von Oberbürgermeister Ilg abgelehnt.